

Protokoll

3. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 22. September 2015, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Heinz Gygax, SVP		
Anwesend Stadtparlament:	28 Mitglieder		
Entschuldigt:	Yilmaz Ekin, SP-Gewerkschaften-Juso	Beruf	
	Vonlanthen Andrea, SVP	Ferien	
Anwesend Stadtrat:	Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso Hug Patrick, CVP, Züllig Hans-Ulrich, FDP		
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin		

Traktanden

3 / 1. Mitteilungen

3 / 1.1 Dringliche Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“

3 / 2. Arboner Volksinitiative „Mehr Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörige“
Eintreten, Diskussion, Beschlussfassung

3 / 3. Fragerunde

3 / 4. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Heinz Gygax: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Stadträte, Vertreter der Medien und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren. Ich begrüsse sie herzlich zu dieser 3. Sitzung des Parlaments der Legislatur 2015-2019.

Die Sommerferien gehören der Vergangenheit an und ich denke, jeder von uns hat diesen wunderbaren Sommer auf seine ganz persönliche Art und Weise geniessen können. Geniessen konnten auch 14 Parlamentsmitglieder das Thurgauer Parlamentariertreffen in Weinfelden bei schönstem Wetter, einem Gläschen Wein, feinen Spaghetti und vor allem bei guten Gesprächen.

Nun aber haben uns die aktuellen Tagesgeschehen eingeholt und in Arbon ist einiges im Gespräch, welches es zu bereden, zu diskutieren gilt. In diesem Sinne eröffne ich die Sitzung und bitte Evelyne Jung, den Namensaufruf vorzunehmen.

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso und Andrea Vonlanthen, SVP. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen.

Präsident Heinz Gygax: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Zusammen mit Jacob Auer, Gewerkschaften-SP-Juso haben wir soeben eine Dringliche Interpellation eingereicht, Gastronomiekonzept, Gastronomiebetriebe, weil wir der Meinung sind, dass man darüber spricht. Wenn ich sehe, dass der Saal so schön gefüllt ist, und wenn ich sehe, dass draussen das Inventar des Panoramarestaurants weggeführt wird, dann ist es, so glaube ich, wichtig, dass man darüber spricht. Ich möchte die Dringlichkeit dann, wenn das Traktandum angenommen wird, noch einmal erklären und erläutern. Jetzt geht es nur um die Traktandenergänzung, dass wir diese Dringliche Interpellation aufnehmen, so habe ich das verstanden. Ich stelle den Antrag, dass die Traktandenliste um diese Dringliche Interpellation ergänzt wird.

://: Der Traktandenergänzung wird mit 22 zu 6 Stimmen zugestimmt.

Präsident Heinz Gygax: Somit wird die Traktandenliste mit dem Traktandum 1.1 Dringliche Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“ ergänzt.

Die modifizierte Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen
- 1.1 Dringliche Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“
2. Arboner Volksinitiative „Mehr Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörigen“ vom 25. August 2014
3. Fragerunde
4. Informationen aus dem Stadtrat

1. Mitteilungen
Unterlagen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Mailversand am 1. September 2015

- Einladung mit Traktandenliste

Per A-Post:

Mit Versand vom 8. September 2015:

- Einladung mit Traktandenliste
- Kommissionsbericht und Antrag der vorberatenden Kommission betreffend Arboner Volksinitiative „Mehr Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörige“

Zur Kenntnisnahme haben sie mit gleicher Post erhalten:

- Zwischenbericht der IG betreffend „Moratorium zum Verkauf Max Burkhardtshaus“

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 2. Parlamentssitzung der Legislatur 2015-2019 ist seit dem 23. Juli 2015 im Internet aufgeschaltet und damit genehmigt.

Parlamentarischer Vorstoss:

Die Dringliche Interpellation zur Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe geht nun in Zirkulation.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Dominik Diezi, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Dominik Diezi, Präsident EBK: Die Einbürgerungskommission hat in den Sitzungen vom 30.06 und 8.09.2015 insgesamt 9 Gesuche gutgeheissen:

Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurden:

- Gau Boun Pa, 1953, deutscher Staatsangehöriger
Gau Dorothee, 1956, deutsche Staatsangehörige
- Macedo dos Santos Sandra Maria, 1976, portugiesische Staatsangehörige
- Shala Blerta, 1988, kosovarische Staatsangehörige
- Trujillo Bouryssieres Yanara, chilenische Staatsangehörige
- Sivalingam Rames, 1969, srilankischer Staatsangehöriger
Sivalingam Nagulambikai, 1972, srilankische Staatsangehörige
Rames Denusha, 2000, srilankische Staatsangehörige
Rames Sharon, 2003, srilankischer Staatsangehöriger

Bis zur nächsten Parlamentssitzung vom 27.10.2015 findet keine weitere EBK-Sitzung statt.

An der Sitzung vom 8.09.2015 hat die Einbürgerungskommission im übrigen vier Gesuche abgelehnt, weil die entsprechenden vier Personen die Voraussetzungen für die Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht nicht erfüllt haben.

Pendenzen

Im Moment liegen 8 pendente, behandlungsreife Gesuche von 16 Personen vor. Weitere 22 Gesuche von 44 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Heinz Gyga: Besten Dank Dominik Diezi für den Bericht.

Wir kommen nun zum eingeschobenen Traktandum 1.1 Dringliche Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“.

Gemäss Art. 46 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments ist eine dringliche Interpellation vom Stadtrat sofort mündlich oder spätestens bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten. Meine Frage geht nun an den Stadtpräsidenten Andreas Balg, ob er diese dringliche Interpellation sofort beantwortet?

Stadtpräsident Andreas Balg: Diese Interpellation ist ja sehr kurzfristig eingegangen, ich glaube letzten Freitagabend. Deshalb hat sich der Stadtrat dazu entschieden, diese schriftlich am 27.10.2015 zu beantworten.

Präsident Heinz Gygax: Die dringliche Interpellation betreffend „Zukunft der städtischen Gastronomiebetriebe“, eingereicht von Luzi Schmid CVP/EVP und Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso, wird nun an der nächsten Sitzung behandelt.

2. Arboner Volksinitiative „Mehr Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörigen“ vom 24. August 2014 Eintreten, Diskussion, Beschluss

Gemäss Art. 10 Abs. 5 der Gemeindeordnung beschliesst das Stadtparlament über die Gültigkeit der Initiative. Den Kommissionsbericht der vorberatenden Kommission haben sie mit Versand vom 8. September 2015 erhalten. Wir kommen zum Eintreten. Ich übergebe das Wort an Cyrill Stadler, Präsident der vorberatenden Kommission. Ich bitte um kurze Voten zum Eintreten. Bei der anschliessenden Diskussion können sie ausführlich über das Geschäft reden.

Cyrill Stadler, Präsident der vorberatenden Kommission: Für die engagierte Kommissionsarbeit bedanke ich mich bei allen Kommissionsmitgliedern ganz herzlich. Den weiteren Beteiligten ist im schriftlichen Kommissionsbericht Dank ausgesprochen worden.

Als Kommissionspräsident eröffne ich die Eintretens-Debatte.

Seit 1994 findet am 21. September der Welt-Alzheimertag statt. In diesem Jahr ist die vom 21. bis am 27. September dauernde Woche von der deutschen Alzheimer Gesellschaft zur „Woche der Demenz“ aufgerufen worden. Dass wir also heute über die Initiative „Mehr Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörigen“ debattieren, gibt der Diskussion zusätzlich Hintergrund und richtet sich an uns alle. Das Thema geht uns alle an.

Wer gegen diese Initiative eintritt, muss nicht zwangsläufig auch gegen mehr Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Menschen und ihre Angehörige eintreten. Es geht wie bei vielen politischen Debatten viel mehr darum, auf welchem Weg wir das Ziel erreichen können. Bekanntlich führen ja viele Wege, auch verschiedene Wege, nach Rom.

In der Schweiz leben aktuell 116'000 Menschen mit Demenz. Ihre Zahl wird sich nach Schätzungen der Alzheimergesellschaft bis 2030 voraussichtlich verdoppeln. Demenz kann jeden treffen und betrifft immer mehr Menschen, so die Alzheimergesellschaft. Umgerechnet auf Arbon würde das in unserer Stadt heute bedeuten, dass rund 200 Menschen an Demenz erkrankt sind und es 2030, ohne weitreichende Forschungserfolge, rund 400 betreffen würde.

Die Schweizerische Alzheimervereinigung definiert in einem Factsheet für Gemeinden, was eine „Demenzfreundliche Gemeinde ist“. Diese Definition möchte ich ihnen nicht vorenthalten: „Eine demenzfreundliche Gemeinde ist ein Ort, wo Menschen mit Demenz verstanden, respektiert und unterstützt werden und wo sie Teil des gesellschaftlichen Lebens sind. In einer demenzfreundlichen Gesellschaft wissen die Leute über Demenz Bescheid, sie haben Verständnis und die Menschen mit Demenz fühlen sich miteinbezogen und integriert. Sie haben die Wahl und die Kontrolle über ihr tägliches Leben.“

Als Präsident der vorberatenden Kommission wünsche ich mir, dass unsere Diskussion heute der Information im Sinne der vorangegangenen Definition zuträgt. Die Meinung der Kommission und die damit verbundenen Anträge liegen ihnen und auch den interessierten Bürgerinnen und Bürgern in schriftlicher Form vor. Ich verzichte auf ein Verlesen von einzelnen Passagen aus dem Bericht.

Wie immer keine Regel ohne Ausnahmen. Ich möchte sie darauf hinweisen, dass selbst der Mitinitiant und Kommissionsmitglied Luzi Schmid erwähnt hat, dass er eigentlich lieber hätte, wenn über die Initiative nicht abgestimmt würde. Das Initiativkomitee hat es in der Hand, es kann die Initiative noch zurückziehen.

Wir haben nach dem Versand des Kommissionsberichts mittels elektronischer Zustellung am 18. September 2015 vom Parlamentssekretariat noch ein zusätzliches Dossier zu diesem Traktandum von der Firma Bartelt, Babst & Partner eingefordert durch das Initiativkomitee, erhalten. Kollega Schmid wird uns als Vertreter des Initiativkomitees sicher noch den Hintergrund erläutern.

Aus meiner Sicht als Kommissionspräsident bedauere ich, dass ein solches Papier nicht in die Kommissionsarbeit eingeflossen ist. Ich hatte von keinem Kommissionsmitglied eine Rückmeldung zum Papier erhalten und gehe deshalb davon aus, dass dieses Papier an der Kommissionsmeinung nichts geändert hat.

Gegebenenfalls werde ich mir in der materiellen Diskussion erlauben, noch darauf zurückzukommen.

Astrid Straub, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen, welche in der Kommission mitgearbeitet haben. Ein besonderer Dank geht an den Präsidenten für seine ruhige und effiziente Leitung und an den Stadtrat Hans Ulrich Züllig.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf das Geschäft und spricht sich damit für die Gültigkeit der Initiative aus. Sie empfiehlt dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Die Begründung zur Ablehnung der Initiative werde ich in der materiellen Beratung, sprich Diskussion, noch erläutern.

Arturo Testa, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, die Initiative ist als gültig zu erklären und somit für Eintreten. In der Diskussion werden wir unseren Standpunkt weiter darlegen.

Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso ist für Eintreten. Zu den Anträgen nehme ich dann in der Diskussion Stellung.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Gestatten sie mir ein Wort in persönlicher Sache. Ich hatte kürzlich einen kleinen operativen Eingriff, nichts dramatisches, aber es ist noch etwas gelähmt und ich fühle mich noch etwas geniert. Ich bitte um Verständnis und danke ihnen.

Zum Thema: Wie bereits im früheren Bericht an das Stadtparlament ausführlich dargelegt, erachtet der Stadtrat angesichts der zu erwartenden demographischen Entwicklung den Wunsch der Initianten nach weiteren Angeboten in der Betreuung von Demenzpatienten und in der Entlastung deren Angehörigen als grundsätzlich verständlich und nachvollziehbar.

Im Alleingang in Form einer zusätzlichen, gesetzlichen Regelung im Rahmen unserer Gemeindeordnung erachtet er, in Angesicht der bestehenden Gesetze und der bestehenden Angebote, es jedoch als nicht erforderlich. Dies aus folgenden zentralen Überlegungen:

1. Der Kanton überarbeitet derzeit die Richtlinien im Alters- und Geriatriebereich. Die entsprechenden Vorschläge befinden sich aktuell in der Vernehmlassung.
2. Schon im kommenden Jahr wird der Betrieb in den neu zur Verfügung stehenden Pflegplätzen für Tages- und Nachtbetreuung des Pflegeheims Sonnhalden aufgenommen.
3. Umfangreiche Anhörungen der Akteure der stationären wie der ambulanten Altersvorsorge haben ergeben, dass die derzeit vorhandenen Dienstleistungen für Beratung und Entlastung der Angehörigen mittelfristig ausreichen und die Versorgungslage insgesamt als gut und angemessen beurteilt wird.
4. Es bleibt abzuwarten, wie sich die zukünftige Demenzstation des Pflegeheims Sonnhalden entwickelt und wie die vorgesehenen Tagesstrukturplätze genutzt werden. Grundsätzlich kann der Stadtrat bestätigen, dass qualitativ hochstehenden und quantitativ angemessenen Dienstleistungen in der Alterswohlfahrt für den Zentrumsstandort Arbon ein hoher Stellenwert beizumessen ist. Demzufolge wird der Stadtrat die Entwicklung im Altersbereich weiter intensiv, und in Abstimmung mit den Dienstleistern, weiter verfolgen, um bei Bedarf rechtzeitig die notwendigen Entscheidungen treffen zu können.

Ich fasse zusammen:

1. Die Initianten haben erreicht, dass eine breite Bevölkerung auf eine Thematik sensibilisiert wurde, welcher angesichts der demographischen Entwicklung in nächster Zukunft stärkere Bedeutung zukommen wird.
2. Der Stadtrat sieht die Versorgungslage als sichergestellt. Für ihn ergibt sich daher keine Notwendigkeit für einen Sonderzug auf der Ebene unserer Gemeindegesetzgebung. Er unterstützt weiterhin eine bedarfsgerechte Entwicklung von Dienstleistungen im Altersbereich, dies unter ausgewogener Berücksichtigung aller Bedürfnisgruppen.
3. Die gesetzlich geregelten Ansprüche auf Tagespauschalen stehen allen Dienstleistern jetzt schon zur Verfügung, sofern sie die erforderlichen Qualifikationsnachweise erbringen.
4. Der Stadtrat fördert die Weiterentwicklung des Alterskonzepts der Stadt auf konzeptioneller Basis, dies gestützt auf das sich in Überarbeitung befindende Geriatriekonzept des Kantons. Er will die Erfahrungen mit der Inbetriebnahme der Demenzstation der Genossenschaft Sonnhalden abwarten. Die Abteilung Soziales wird beauftragt, innerhalb eines Jahres nach Inbetriebnahme einen Statusbericht zu Händen des Stadtrats und interessierter Kreise auszuarbeiten.

Präsident Heinz Gyga: Das Eintreten ist unbestritten. Wir schliessen das Eintreten ab und kommen zur Diskussion

Luzi Schmid, CVP/EVP: Es führen viele Wege nach Rom, hat der Kommissionspräsident gesagt, aber unser Anliegen ist eben nicht, auswärts gehen zu müssen. Wir wollen in Arbon bleiben, und da gibt es nur einen Weg und das sind die besten Voraussetzungen für unsere Senioren. Noch zum Thema Abstimmung, was in der Einleitung zum Thema gesagt worden ist: „Ich wünsche keine Abstimmung“ – ich wünsche mir keine Abstimmung, dann, wenn die Voraussetzungen gemäss Initiativtext erfüllt sind, und was ich bis jetzt gehört habe, ist das keinesfalls. Ich spreche hier als Parlamentarier, bin natürlich im Initiativkomitee. Wir werden morgen oder übermorgen im Initiativkomitee entscheiden, wie es weiter geht.

Zu meinen Ausführungen: Einen Tag nach dem gestrigen Welt-Alzheimerstag wäre es nur logisch und konsequent, aber sicherlich hilfreich für die vielen Betroffenen, aber noch mehr anerkennend für die vielen pflegenden und aufopfernd betreuenden Angehörigen, wenn jetzt und hier im Arboner Stadtparlament ebenfalls ein deutliches Zeichen gesetzt und ein starkes Signal gesendet würde.

Ein deutliches Ja zur Initiative ist ein solch starkes Zeichen. Ein Ja wäre das richtige Zeichen. Ein politisches Zeichen wird nicht nur erwartet, es wird verlangt. Wir wollen mit den Krankenkassen verhandeln können, wir wollen die Anstellungsverhältnisse dann mit dem Personal richtig umsetzen können. Das ist nur mit rechtlicher Grundlage möglich.

Wieso sich Parlament und Stadtrat politisch so schwer tun, ist für das Initiativkomitee, aber noch mehr für viele betroffene Arboner Familien nicht verständlich und wenig nachvollziehbar.

Der Titel der Initiative heisst doch sehr symptomatisch und problemweisend:

"Arboner Volksinitiative: Mehr Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörigen". Und dann wird auf dem Initiativbogen noch ausgeführt (immerhin haben das ja 800 Leute unterschrieben und es sind 650 Stimmberechtigte, die die Initiative gültig gemacht haben): "An Demenz erkrankten Arbonerinnen und Arbonern sollen Tagesstätten angeboten werden und ihre Angehörigen sowie Interessierte Beratung erhalten. Stadtrat und Stadtparlament schaffen die rechtlichen Voraussetzungen dazu."

Was soll man da noch mehr sagen und ausführen?

Wenn auch immer wieder, sagen wir auch vom Stadtrat gehört, grosses Verständnis für das Anliegen an und für sich geäussert wird, was dem Initiativkomitee und mir selber, immer wieder betont und genügend zugesichert worden ist, ist es dann nicht logisch genug und folgerichtig, wenn jetzt auch der rechtliche Schritt gemacht wird und die politische Umsetzung vorgenommen wird. Also, auf was warten wir noch länger? Es braucht die rechtliche Grundlage.

Ein Beschluss mit den Worten und folgendem beispielgebendem Inhalt (ich gebe zu, es ist alles ein bisschen kurzfristig erfolgt, aber auch nicht so kompliziert um es zu verstehen), ein Textvorschlag, den wir eingereicht haben:

"Personen mit Wohnsitz in Arbon, die an beginnender oder fortgeschrittener Demenz erkrankt sind, haben Rechtsanspruch auf angemessene Betreuung und fachgerechte Begleitung in solitären Tagesstätten - auch zum Zwecke - ihre Angehörigen temporär zu entlasten. Die betroffenen Familien haben Anspruch auf fachliche Beratung." Ein solcher Beschluss kann doch nicht so schwierig sein und ist das Mindeste, die Initiative, das Komitee fordert.

Ein Gesundheitsreglement für Arbon wäre natürlich das non plus ultra und für mich die grösstmögliche Umsetzung der Initiative. Das wird aber, um das richtig zu stellen, keinesfalls, bei weitem nicht verlangt. Es wird als Minimal-Lösung einzig darum ersucht, dass der Anspruch auf Tagesstätten politisch bekräftigt und rechtlich bestätigt wird. Was hält uns von einer solchen Rechtserklärung noch länger ab? Ich bin gespannt, habe es jetzt aber gehört vom Stadtrat, was diesbezüglich heute noch gesagt wird. Was ich gehört habe, genügt nicht.

Zu möglichen finanziellen Konsequenzen hat das Initiativkomitee, auch das haben sie schon gehört heute Abend, eine Wirtschaftlichkeitsabklärung in Auftrag gegeben, weil auch immer wieder vorgeworfen wurde oder wird, dass die Finanzen da nicht im Griff sind, dass das stark gebeutelte Arbon das nicht bezahlen kann. Ich bedanke mich bei der Ratssekretärin, Evelyne Jung, dass sie diese sehr aktuelle Analyse des Fachexperten Guido Bartelt so kurzfristig noch allen zugestellt hat.

Es kann unter Beachtung dieser Überlegungen keinesfalls mehr länger gegen die Absichten der Initiative argumentiert werden, dass die verlangten rechtlichen Ausführungen durch eine Beschlussfassung zu übermässigen finanziellen Zugeständnissen zulasten der Stadt Arbon führen werden.

Das Projekt "Tagesstätten" gestaltet sich ausgeglichen, so in dieser Analyse. Das belegen die Ausführungen von Herrn Bartelt doch ausführlich, anschaulich und eindrücklich. Dieser finanzielle Kritikpunkt dürfte vom Tisch sein und die Stadt, und ich muss mich hier zugunsten von benachteiligten Arboner Bürgerinnen und Bürger wiederholen, die Stadt ist im Sinne der bereits gemachten Ausführungen im Sinne der ihr übertragenen Subsidiarität in gesundheitlichen und sozialen Fragen in der Pflicht.

Es war auch nie die Meinung der Initianten und anderen Beteiligten, um das auch noch richtigzustellen, dass die Stadt, oder der Stadtrat oder sogar das Parlament für die Umsetzung und die Führung von Tagesstätten selber zuständig sein sollte. Hier ist der Weg über einen Verein oder eine Genossenschaft zu suchen und wird ganz bestimmt auch gefunden. Es wird aber gar nicht verstanden, dass die politische Regelung auf die lange Bank geschoben wird, mit Erklärungen, wie zum Beispiel: „Die Initiative komme zu früh, es müssten die Erfahrungen aus dem Neubau des Pflegeheims Sonnhalden mit der geplanten Demenzstation abgewartet werden“.

Die Demenzstation im Neubau des Pflegeheims ist keine Konkurrenz zu anderen Tagesstätten, aber sie wird im Zusammenhang mit der bestehenden, grossen, stationären Betreuungsinstitution in der Sonnhalden und den daraus nötig werdenden, engen Dienstplänen für das Personal nicht für alle das geeignete Angebot sein. Und genau deshalb wurde die Initiative lanciert, um individuelle solitäre Tagesstätten in Arbon nicht nur zu fördern, sondern auch zu realisieren. Es fehlt aber nach wie vor die politische Anerkennung im Sinne meiner bisherigen Ausführungen.

Im Zusammenhang mit der neuen Demenzstation im Pflegeheim Sonnhalden und dass das nicht das Allerheilmittel sein kann, zitiere ich sehr gerne die hochangesehene Pflegefachfrau Ruth Köppel, die da sagt: „Die Anbindung an ein Pflegeheim hat aber nicht nur Vorteile. Eine Tagesstätten-Leiterin sagte: Die meisten Gäste haben grosse Angst zu kommen, weil die Tagesstätte gleich neben dem Alterszentrum steht. Das enge Korsett punkto Dienstvorschriften und Dienstzeiten sei ebenfalls hinderlich“.

Es wird in diesem Zusammenhang zu recht von solitären Tagesstätten oder Stand-Alone-Tagesstätten gesprochen, um ganz gezielt und bewusst Tagesbewohnern und deren Angehörigen gerecht zu werden, losgelöst von anderen Einflüssen und Gegebenheiten. Das heisst, dass in diesen solitären Tagesstätten ein individuelles, auf das gerade zweckmässigste Betreuungsmass zugeschnittene Tagesprogramm jeweils flexibel angeboten werden kann und zudem auch genügend Zeit für Besprechungen mit besorgten Angehörigen vorhanden ist. Es müssen auch jegliche moralisierende oder religiöse Beeinflussungen verhindert werden. Wer beispielsweise nicht gemeinsam und gemeinschaftlich beten will oder kann, muss das auch in der Tagesstätte nicht müssen. In diesem Punkt müssen die Oase in Amriswil und Romanshorn und deren Helferinnen als nicht konfessionsneutral eingestuft werden.

Die bestmögliche Betreuung der an Demenz erkrankten Personen und die zeitweise Entlastung ihrer Angehörigen hat Vorrang und keineswegs eigene Überzeugungen oder Interessen der jeweiligen Institutionen und des dort angestellten Personals.

So leicht und selbstverständlich sich das anhört, auf die effektiven Bedürfnisse und Möglichkeiten von Betroffenen einzugehen, so vielfältig sind die Anforderungen an die Ausführenden. Es benötigt grosses Fach- und Sachwissen, Betreuungs- und Begleitungs-Routine, menschliches Einfühlungsvermögen und eben geistige und religiöse Unabhängigkeit. Mit einem Rechtsanspruch im Rücken können diese Voraussetzungen doch wesentlich konsequenter eingefordert, umgesetzt und angeboten werden. Es darf doch nicht mehr länger bei Angebot und Umsetzung einfach nur auf den Faktor Zufall gesetzt werden.

Hier kann ich sehr gerne und voller Überzeugung auf den Artikel von Max Eichenberger in der heutigen Thurgauer Zeitung verweisen. Sehr gut geschrieben und begründet, Problem erkannt und die richtigen Forderungen gestellt.

Jetzt sind wir in Arbon dann schon mehr als eineinhalb, fast zwei Jahre daran, das Problem Demenzerkrankung politisch, hier im Parlament, aufzuarbeiten und zu bewältigen. Der Kanton liegt schon länger im Verzug, wird über kurz oder lang so oder so die Verantwortung und Zuständigkeit für Tagesstätten an die Gemeinden delegieren.

Für die betroffenen Arbonerinnen und Arboner ist das Wartenmüssen kein Zustand mehr. Sie dürfen nicht mehr länger alleine gelassen werden. Es müssen die Faktoren, wie genügend Zeit für die betroffenen Familien, die Betreuenden, angemessene, flexible Betreuung, Fachlichkeit und Unabhängigkeit der ausführenden Personen erfüllt werden, was nur mit einem Rechtsanspruch insgesamt ermöglicht werden kann.

Fazit: Die Stadt Arbon ist ohnehin in der Pflicht, eine rechtliche Grundlage kann nicht mehr länger aufgeschoben werden.

Besten Dank für ihr Verständnis, besten Dank für eine gute Diskussion.

Astrid Straub, SVP: Unsere Begründungen: Die SVP-Fraktion erkennt die Dringlichkeit, allen Bürgerinnen und Bürgern in Arbon eine ausgearbeitete Plattform für das Gesundheitssystem anzubieten. Sie schliesst sich der Meinung von Dr. Ibach von der Memory Klinik Münsterlingen an, dass hier eine Notwendigkeit besteht. Angebote wie jene der OASE, eine Vereinsgründung mit Unterstützung der Stadt, wären eine Option für unser Gesundheitswesen. Aber schon jetzt stehen zahlreiche Organisationen zur Verfügung, die sich Menschen mit Demenz, MS oder der Begleitung von betagten Menschen und deren Angehörigen widmen. Sie alle erfahren hier professionelle Betreuung und Begleitung. Ich denke an verschiedene Institutionen wie Spitex, Pro Senectute, Medizinisches Ärztezentrum, Memoryklinik Münsterlingen, Alterssiedlung und OASE in Amriswil und Romanshorn. Sämtliche Pflegeheime in Arbon betreuen stationär bereits heute Menschen mit Demenz. Ein weiterer grosser Schritt wird mit dem Pflegeheim SONNHALDENplus Ende 2016 realisiert.

Die vier neuen Tages- und/oder Nachtstrukturplätze und 20 Plätze für die Betreuung von Demenzpatienten in der stationären Pflege bedeuten eine enorme Entlastung für die Angehörigen. Auf meine Rücksprache betonte Herr Hansjörg Binder, Präsident des regionalen Pflegeheimes Sonnhalden, welch grosser Meilenstein dieses Angebot im neuen Pflegeheim SONNHALDENplus für Arbon bedeutet. Die vier Tages- und/oder Nachtstrukturplätze gelten für sieben Tage in der Woche. Wichtig ist, dass die Zahl je nach Belegung der stationären Plätze kurzfristig erhöht werden kann. Erfahrungen zeigen, dass ein Patient ein bis zwei Tage in der Tagesstruktur verbringt. So können pro Woche 14 bis 28 Tagespatienten betreut werden. Hinzu kommen die Entlastungsaufenthalte in der Nacht.

Der Weg bis zur Realisierung zeigt, dass man nicht einfach auf die Schnelle Tagesstätten für an Demenz erkrankte Personen eröffnen kann. Vom Kanton und den Krankenkassen gibt es betreffend für den Betrieb und die Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen genaue Auflagen. Auch Herr Fenner, Leiter Abt. Soziales, bestätigt, dass ausreichend städtische Angebote vorliegen. Ob sie genutzt werden, ist eine andere Frage. Herr Stäheli, Hauptleiter der privat geführten OASE, hat den Initianten Hand geboten, behilflich zu sein. Die Initianten möchten lieber zuwarten - und doch wollen sie eine schnelle Lösung präsentiert haben.

Das Initiativkomitee weist nun kurzfristig eine Studie von Bartelt, Bapst und Partner, Berater im Gesundheitswesen und Heimwesen vor, welche aber mehr auf einer Annahmetheorie basiert. Hier liegt kein komplett ausgearbeitetes Konzept vor, da auch das Kostendach nicht klar definiert ist, was die Räumlichkeiten anbelangt. Ich nehme an, dass vom Initiativkomitee das evangelische Pflegeheim an der Romanshonerstrasse zur Prüfung gegeben wurde.

Heute stellt sich vor allem die Frage, ob das Projekt in Richtung Oase oder in Richtung medizinische Betreuung, analog SONNHALDENplus, gehen soll. Das Initiativkomitee liess hier die Kommission im Unklaren, wie sich die Trägerschaften zusammenstellen und wie die Realisation aussehen wird.

Die SVP-Fraktion meint, man sei gut beraten, zuerst einmal Erfahrungen im neuen SONNHALDENplus zu machen und dann auszuwerten. Es ist wichtig, im engen Kontakt mit dem SONNHADENplus und den Institutionen von Arbon zu bleiben. Bei weiterem Bedarf wäre vor allem das Angebot der OASE ins Auge zu fassen, welche bereit wäre, in Arbon zu prüfen, eine weitere Zweigstelle neben Amriswil und Romanshorn zu eröffnen. In absehbarer Zeit soll ohnehin eine überarbeitete kantonale Vorlage vorliegen, auf welche sich die Gemeinden stützen können. Der Stadtrat sollte seinerseits als Legislaturziel verbesserte Rahmenbedingungen in der Alterswohlfahrt vorsehen.

Menschlichkeit und Solidarität für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörigen sollten heute in Arbon eine Selbstverständlichkeit sein. Eine neue rechtliche Grundlage braucht es dazu nicht. Doch die SVP-Fraktion würde es begrüssen, wenn der Stadtrat unmissverständlich erklären würde, dass er dem von der Initiative angesprochenen Anliegen grösste Aufmerksamkeit schenken will, dass er die Alterswohlfahrt fördern will und bei Bedarf allenfalls weitere Tagesplätze ins Auge fassen will. Damit könnten die Initianten vielleicht dazu bewegt werden, ihre Initiative zurückzuziehen und auf eine kostspielige Volksabstimmung zu verzichten.

Daher ein klares, einstimmiges Nein der SVP Fraktion zur vorliegenden Initiative.

Ich habe noch eine Frage an Luzi Schmid. Du hast gesagt, in der Oase sei es nicht konfessionsneutral. Hast du dort von Angehörigen oder von Dement kranken Personen Negatives gehört? Das würde mich noch interessieren.

Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion-SP-Gewerkschaften-Juso folgt einhellig der Empfehlung der Kommission:

- die Initiative für gültig zu erklären und diese den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorzulegen
- und die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Vorausschickend möchte ich im Namen der Fraktion den Mitgliedern der Kommission für die wertvolle Arbeit in der vorberatenden Kommission sowie dem Stadtrat für den umfassenden und differenzierten Bericht danken. Auch finden wir, dass die Umfrage und die Infoveranstaltung eine gute Idee waren.

Die SP-Fraktion zollt den hehren Absichten des Initiativkomitees grossen Respekt. Wir sind jedoch der Meinung, dass aus dem Text nicht klar hervorgeht, was die Initianten konkret fordern. Wird angeregt, dass diesem Ansinnen ein rechtliches Gesicht zu verleihen ist, sprich dass diese Angelegenheit rechtlich anerkannt werden soll? Diesfalls würden wir auf den Kommissionsbericht verweisen, wonach dem Stadtrat beliebt gemacht wird, einen Beschluss über die Unterstützung zu fassen.

Wurde hingegen beabsichtigt, der Stadtrat habe diese Sache zu reglementieren, müsste diesem Vorhaben entgegengehalten werden, dass es derzeit als unverhältnismässig erschiene, auf kommunaler Ebene ein solches Mammutprojekt zu starten und an einem Regelwerk zu basteln, während der Kanton diese Aufgabe schon an die Hand genommen hat. Wir wissen nicht, wie viel Regelungs-Kompetenz der Kanton den Gemeinden einzuräumen gedenkt. Es wäre ärgerlich, wenn in Arbon nach mühseliger Arbeit ein Reglement, ein Regulativ entstünde, welches womöglich mit dem In-Kraft-Treten des kantonalen Gesetzes, wenn auch nur teilweise, hinfällig würde. Unsere Fraktion findet es daher sinnvoller, zunächst die Entwicklungen auf Kantonsebene sowie im Pflegeheim Sonnhalden zu beobachten.

Schliesslich kommt hinzu, dass im Initiativtext nur von Demenz die Rede ist. Wenn schon ein Gesetz im gesundheitlichen Bereich entstehen soll, müsste sich dessen Anwendungsbereich auch auf Krankheiten, wie Multiple Sklerose und dergleichen erstrecken. Davon ist, wie bereits erwähnt, keine Rede. Damit wirkt der Initiativtext nach unserem Dafürhalten etwas unvollständig, weshalb unsere Fraktion dieser Initiative nicht unbeschoren zustimmen kann.

Nun, aber immerhin hat man in Arbon mit der Schaffung eines Pflegekonzepts, auch wenn diesem kein verbindlicher Charakter zukommt, der Demenzkrankheit die gebührende Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen und der Unterstützung für entsprechende Projekte zugestimmt.

Nach all dem Gesagten ist aus Sicht unserer Fraktion, zumindest derzeit, ein gewisses Zuwarten, im Ergebnis angebracht.

Arturo Testa, CVP/EVP: Demenz wird zum zunehmenden Problem, es betrifft auch immer jüngere Leute. Ist man bis anhin der Meinung es träfe nur Personen die über 70zig sind, kann nach neusten Tendenzen davon ausgegangen werden, dass der Anteil von unter 70-jährigen ansteigen wird. Rund 50 Prozent der erkannten Erkrankungen werden durch Angehörige zuhause gepflegt. Krankenpflege zu Hause ist immer eine Belastung. Je nach Schweregrad der Demenz heisst dies eine Pflege, die keinen Spielraum für eigene Interessen oder Aktivitäten lässt. Hier muss durch geeignete staatliche oder private Betreuungsplätze den Angehörigen eine Möglichkeit geboten werden, sich eine kurze Auszeit zu nehmen. Dies möchte das Komitee mit seiner Initiative fördern und unterstützen. Bei Annahme der Initiative wird der Stadt nicht mehr abverlangt als sie bis anhin den Institutionen schon bezahlt. Beratende politische wie auch ideelle Unterstützung durch die Stadt ist hier natürlich angebracht und auch gewünscht. Sicher, die Sonnhalden bieten ja genau diese Plätze mit ihrem Neubau an, doch genügen diese? Wir denken Nein. Bei einer zu erwartenden Verdopplung der erkannten Erkrankungen bis in 20 Jahren muss jetzt schon in ausreichendem Masse gehandelt werden.

Der Empfehlung der Kommission an den Stadtrat, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, diesen protokollarisch sowie öffentlich zu kommunizieren, wurde ja leider nicht nachgekommen. Daher ist die Meinung der CVP/EVP-Fraktion, dass diese Initiative für gültig erklärt werden muss, und auch angenommen werden muss an der Stimmurne, denn die Angehörigen fühlen sich oft verlassen und wissen nicht genau, wo sie die Hilfe beantragen müssen.

Max Gimmel, FDP/XMV: Die Initiative, das haben wir vom Kommissionspräsidenten gehört, ist unbestritten und somit gilt auch für uns selbstverständlich das Eintreten.

Arbon war Vorreiter mit der Alterssiedlung. Es war eine der ersten Alterssiedlungen im Kanton, die nicht den Charakter eines Heimes hatte, mit dem Gedanken, die Selbstständigkeit so lange wie möglich zu erhalten. Das war vor 50 Jahren. In die Wege geleitet wurde der Bau der Alterssiedlung auf privater Basis.

Nicht die Gemeinde war verantwortlich für diese Initiative, sondern Persönlichkeiten von Frauenvereinen, Wirtschaft und Gewerbe, Ärzten, aber auch Politikern.

Den Startschuss zur ersten Alterssiedlung in Arbon bildete ein 3-tägiges Volksfest. Arboner feierten ein Fest unter sich mit vielen Vereinen und sammelten Geld auf privater Basis für ein gemeinsames Anliegen. Und es gelang. Die Genossenschaft Alterssiedlung konnte bereits ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Genau das ist es, wie ich meine, was wir heute in Arbon brauchen, Eigeninitiative und Verantwortung für ein Thema. Wir dürfen nicht alles bei jeder Gelegenheit der Gemeinde, dem Kanton, dem Staat übertragen oder von ihnen fordern. Natürlich muss die Gemeinde einbezogen werden, aber sie soll nicht in allen Themen die Führung übernehmen. Nach dem Bau der ersten Alterssiedlung wurde bald bewusst, dass es eine nachfolgende Pflegeinstitution braucht. Die Genossenschaft Pflegeheim Arbon war die logische Folge. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde das Haus Bellevue eröffnet, all dies immer auf private Initiative.

Demenz, wir sind uns alle einig, das Thema ist unbestritten. Aber der Weg in dieses Thema, ist nicht der politische und nicht über eine Initiative. Das Thema ist bereits am Laufen, in Arbon, nämlich im derzeitigen Ausbau des Pflegeheims, wo vier Tagesstrukturplätze realisiert werden. Die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, besteht somit und hilft erst recht, schlechte Erfahrung zu vermeiden.

Uns wurde ein Bericht zu den Wirtschaftlichkeitsüberlegungen eines Tagesheims in Arbon vorgelegt, verfasst von Bartelt, Bapst & Partner. Arboner reagieren zwar höchst sensibel auf Berichte von Beratern, wieso soll da ausgerechnet der uns vorliegende Bericht eine Ausnahme sein.

Trotzdem steht bereits auf der ersten Seite, dass

- Viele Tagesstätten in Alters- und Pflegeheime integriert werden
- Dass eine Aufbauphase mehrere Jahre dauern wird
- Dass die Auslastung ein sehr relevanter Erfolgsfaktor sei
- Und dass die Kostendeckung erst erreicht wird, wenn eine Auslastung von 80 Prozent erreicht wird.

Die ersten Jahre werden also defizitär werden. Wieso denn nicht SONNHALDENplus abwarten?

Demenz geht uns alle an. Und weil es uns alle angeht, müssen wir sorgfältig damit umgehen. Wenn wir heute die Initiative zur Ablehnung empfehlen, erwecken wir den Eindruck, die Initiative sei nicht notwendig. Wir brauchen eine Initiative, aber keine politische, sondern auf privater Basis, in den Genossenschaften, den Institutionen und dem, was auf dem Markt schon erhältlich ist.

Mit der Volksinitiative wurde der falsche Weg eingeschlagen zur Lösung eines wichtigen Problems. Sowohl die Stellungnahme des Stadtrats wie auch der Bericht der vorberatenden Kommission kommen nach sauberer Analyse auch zu diesem Schluss.

Wir bitten deshalb die Initianten eindringlich, dies zu erkennen und die Initiative zurückzuziehen, dies auch zu einem Zeitpunkt, wo noch keine weiteren Kosten für die Stadt entstanden sind.

Die FDP/XMV-Fraktion spricht sich deshalb gegen die Initiative aus und sieht auch keine Notwendigkeit eines Gegenvorschlages seitens des Stadtrats.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich habe nur noch zwei, drei Richtigstellungen anzubringen. Es wurde gesagt, das Initiativkomitee habe Verbindungen oder sogar Angebote von Herr Stäheli, der Oase, erhalten. Mir ist da gar nichts bekannt, weder schriftlich noch mündlich. Es wurde gesagt, ich glaube es ist aus dem Sozialdienst gekommen, es habe genügend Plätze, Tagesstätten für an Demenz erkrankte Personen und für Beratung von Angehörigen. Mir ist in Arbon gar nichts bekannt.

Heute ist effektiv die Oase, oder allenfalls die Memory-Klinik in Münsterlingen der Ansprechpartner. In Münsterlingen gibt es ein sehr gutes Angebot, aber viel zu weit weg. Wenn ich fast einen halben Tag hin und her fahren muss, ist die Entlastung für Angehörige nicht so gut.

Noch eine wichtige Frage, und deshalb bin ich nochmals ans Mikrophon gekommen. Konfessionsneutral: Mir ist bekannt und habe da auch einen Zettel, dass Hr. Stäheli bei der Chrischona in Amriswil Seelsorger ist, Diakonie macht und mir ist auch bekannt, dass die Gründung der Oase damals sehr stark beeinflusst worden ist durch die Chrischona. Ich frage mich da, ob da die Konfessionsneutralität gegeben ist in diesem Fall, will aber das Produkt selber, das Angebot natürlich überhaupt nicht schmälern. Es kann aber nicht für alle ideal ausfallen. Es ist eben gemeint, nicht alle wollen gemeinsam beten, ein gemeinsames Gebet abhalten.

Dann noch zur Umsetzung. Das ist die grosse Diskussion. Wir haben weder vom Stadtrat, noch vom Stadtparlament, noch allenfalls vom Initiativkomitee verlangt, dass das Angebot umgesetzt wird. Wir wollen die rechtliche Grundlage, um zum Beispiel mit der Krankenkasse zu verhandeln. Wenn wir ein Gesuch stellen, werden die sagen, ihr habt ja keine rechtlichen Grundlagen. Wir wollen auch die richtigen Umstellungsverhältnisse erhalten. Das kann man nur, wenn die Stadt sagt, das ist rechtlich fundiert. Von Umsetzung sprechen wir jetzt noch gar nicht. Wir sprechen nur, was will die Initiative, welche rechtlichen Grundlagen sind nötig. Umgesetzt wird dann später, ob das später ein Verein oder eine Genossenschaft ist, lassen wir offen. Der Stadtrat muss das sicher nicht machen. Die Kosten, das wurde auch gesagt und das ist richtig, die Kosten werden ohnehin anfallen. Ich weiss nicht, wenn ein Bürger klagen würde, ob die Subtilität der Stadt gegeben ist und schon heute Tagesstätten anbieten müsste. Wir haben nichts.

Das letzte noch: Es gibt Leute, die tun sich schwer, über ein Pflegeheim in solche Tagesstätten einzutreten. Das wird Schwierigkeiten geben. Es ist keine Konkurrenz zu unserem Anliegen. Es muss andere Tagesstätten geben, wo andere Regeln und andere Möglichkeiten bestehen

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Da muss ich jetzt noch zwei, drei Sachen ergänzen aus meiner Sicht. Ich glaube, es trifft auch sehr viele Mitglieder aus der Kommission, ich möchte das aber nicht voraussetzen.

Luzi Schmid spricht immer wieder vom rechtlichen Rahmen, der gegeben sein müsse. Selbst die Wirtschaftlichkeits-Überlegung von der Firma Bartelt, die du uns zugestellt hast, anerkennt, dass die rechtlichen Voraussetzungen an und für sich gegeben sind. Die Gemeinden sind verpflichtet, Aufenthalte in solchen Tagesstätten pro Tag zu unterstützen. Die rechtlichen Voraussetzungen sind auf kantonaler Ebene vorgegeben. Der Rechtsanspruch, auf kommunaler Ebene eine solche Tagesstätte zu installieren, wie das Beispiel von Romanshorn und Amriswil zeigt, ist möglich. Ich habe mir die Mühe gemacht und dieses Angebot Oase eingehend angeschaut. Wir haben das auch anlässlich der Kommissionssitzung zusammen mit einem Vertreter von dieser Oase durchleuchtet. Bei der Betreuung dieser Menschen mit einer Demenz in dieser Tagesstätte wird Rücksicht genommen auf ihren konfessionellen Hintergrund. Es gibt auch einen Tagesbericht im Internet, wie ein solcher Tag abläuft. Ich habe mir den ganz durchgelesen, und es wird mit keiner Zeile erwähnt, dass da irgendwie noch Gebetstunden stattfinden.

Die finanziellen Konsequenzen aus dem Betrieb einer Tagesstätte, Max Gimmel hat es erwähnt, es braucht eine Aufbauphase, um das Finanzielle tragbar zu machen. Mit diesen zwölf Plätzen geht man von einer Auslastung von circa 80 Prozent aus, die erreicht werden könnte.

Vielleicht noch einmal eindrücklich die Zahlen, die Astrid Straub erwähnt hat, 12 Tagesstätten mal 30 Tage gibt 360 Pflegetage. Sonnhalden 4 Plätze à 30 Tage, 120 Pflegetage, dort kommen noch 120 Pflegenächte dazu. 1,2, 1,3 Aufenthalte pro an Demenz erkrankten Menschen pro Monat, da könnten wir schon nahezu die 400 Fälle vom Jahr 2030, wie sie nach Statistik der Alzheimergesellschaft irgendwann eintreten können, abdecken. Ich bin der Meinung, dass das Pflegeheim Sonnhalden das Angebot, angeschlossen an die Demenzstation, und das ist sehr wichtig, abdecken kann. Es ist nicht nur die Demenzstation, sondern es gibt noch hier vier dezidierte Plätze für diese Tages- und Nachtstrukturen, die genutzt werden können für eben solche Bedürfnisse, Entlastung der Angehörigen.

Dann in der Kommissionsarbeit, wie auch in der Analyse des Stadtrats gehört, gesehen und gelesen, dass die beratenden Organisationen, Spitex. Hausärzte über das Alterskonzept sensibilisiert werden auf dieses Thema. Das ist ein wichtiger Weg, der gegangen werden muss, Information, Sensibilisierung ist wahrscheinlich ebenso wichtig wie das Angebot von fixen Plätzen. Ich konnte hier drin keine Finanzierungskonzepte finden, es ist ein sehr vages Konzept, ich rede vom Papier, das du, Luzi Schmid, uns noch separat zugestellt hast. Da wären sehr viel vertiefere Abklärungen nötig, und ich denke, das ist jetzt zu kurzfristig, das überhaupt jetzt vertieft zu diskutieren. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir die Initiative ablehnen sollten.

Präsident Heinz Gyga: Wir kommen zur Beschlussfassung. Von der vorberatenden Kommission liegen uns nachfolgende Anträge bzw. Empfehlungen vor:

1. Die Initiative für gültig zu erklären und den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorzulegen.

://: Einstimmig wird die Initiative als gültig erklärt

Antrag und Empfehlung zwei: Die vorberatende Kommission empfiehlt mit 5:2 Stimmen dem Stadtparlament:

2. Die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen

://: Mit 19 zu 9 Stimmen wird die Initiative ohne Gegenvorschlag vom Parlament dem Volk zur Ablehnung empfohlen.

Präsident Heinz Gyga: Wird die Initiative vom Initiativkomitee nicht zurückgezogen, wird diese Volksabstimmung am 27. November 2015 stattfinden.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften Juso: Ich möchte noch einen Ordnungsantrag stellen, betreffend des 2. Traktandums, die Interpellation zum Gastro-Konzept.

Ich war etwas überrascht ob der Geschwindigkeit, wie das Ganze abgehandelt wurde und komme deshalb erst jetzt.

Gemäss diesem Art. 46 Abs. 3 des Geschäftsreglement worin es heisst: „Eine Interpellation kann vom Parlament auf Antrag der Interpellantin oder des Interpellanten für dringlich erklärt werden.“ Das reicht nicht, wenn wir die Interpellation hier zirkulieren lassen und unterschreiben. Es ist klar, es ist eine Formsache, Andreas Balg hat uns die Beantwortung schon zugesichert, aber wir müssen die Dringlichkeit bestimmen. Wir müssen über die Dringlichkeit abstimmen. Ich beantrage deshalb, dass wir über die Dringlichkeit abstimmen.

Riquet Heller, FDP: Ich halte zudem noch fest, dass wir noch wissen möchten, wie viele Parlamentsmitglieder diese Interpellation unterschrieben haben. Sodann ist selbstverständlich, was Lukas Graf gesagt hat, dass wir über die Dringlichkeit so oder so abzustimmen haben, auch wenn der Stadtrat schon Forfait gibt, und uns in Aussicht stellt,

dass er diese innert einem Monat schriftlich beantworten wird. Überhaupt hat mich erstaunt, dass wir über dieses Geschäft bereits schon beraten haben, während noch die Interpellation zirkulierte.

Präsident Heinz Gyga: Zur Frage, wie viele Parlamentsmitglieder diese Interpellation unterzeichnet haben: es waren 20 Mitunterzeichnende. Somit stimmen wir noch über die Dringlichkeit dieser Interpellation ab.

://: Die Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“ wird mit 22 zu 6 Stimmen für Dringlich erklärt.

3. Fragerunde

Präsident Heinz Gyga: Es liegen drei vorab eingereichte Fragen vor. Die erste Frage wurde eingereicht von Ruedi Daepp, SVP betreffend UNICEF Level „Kinderfreundliche Gemeinde“

Ruedi Daepp, SVP: Kinderfreundliche Gemeinde Arbon. Im August wurde die Öffentlichkeit via Presse darüber informiert, dass sich der Stadtrat und die Schulgemeinden der Stadt Arbon für das UNICEF Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ bewerben wollen. Arbon habe dazu gute Voraussetzungen. Eltern und Kinder würden nun „mit zweckmässigen Instrumenten zu ihrer Lebensqualität in Arbon befragt“. Die Aussagen würden dann „in geeigneter Form aufbereitet“. Parallel dazu werde ein entsprechender Aktionsplan erarbeitet.

Die Absicht, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu gestalten, ist sicher lobenswert. Fraglich aber ist, ob es dazu eine aufwändig erarbeitete, umfassende Analyse und ein kostspieliges UNICEF Label braucht.

Wir erlauben uns darum, dem Stadtrat die folgenden Fragen zu stellen:

1. Wie gross ist der zeitliche, personelle und finanzielle Aufwand, um sich für das angesprochene UNICEF Label zu bewerben – und mit welchem Aufwand ist bei einer allfälligen Umsetzung zu rechnen?
2. Welcher konkrete Nutzen ergibt sich aus einem solchen Label?
3. Welche Erfahrungen machen andere Thurgauer Gemeinden mit diesem Label, zum Beispiel Romanshorn, Amriswil und Bischofszell?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Die UNICEF hat die Zielsetzung, die Lebenssituation der Kinder zu verbessern. Die UNICEF will mit dem Label sicherstellen, dass für Kinder Themen, wie qualitativ guter Schulunterricht, Partizipation, Gesundheitsvorsorge, Schutz vor Gewalt usw. gewährleistet sind.

Interessierte Gemeinden führen eine Standortbestimmung zur Kinderfreundlichkeit durch. Der Stadtrat erachtet solch ein international anerkanntes Label als attraktives Qualitätsmerkmal für den Wohn- und Lebensraum Arbon, Arbor Felix.

In Zusammenarbeit mit den Schulgemeinden (Primarschulgemeinde und Sekundarschulgemeinde) ist eine entsprechende Standortbestimmung durchgeführt worden. Der Zwischenbericht der UNICEF liegt vor und attestiert unserer Stadt gute Voraussetzungen. Die Kosten des Assessment von Fr. 2'000.-- wurden durch die Stadt Arbon bezahlt.

In der Folge soll nun ein Workshop mit Kindern und Jugendlichen stattfinden, in dem mögliche Verbesserungen erarbeitet werden. Die Gemeinde formuliert einen Aktion- und Massnahmenplan für vier Jahre. Die UNICEF erteilt der Gemeinde nach Prüfung das Label für vier Jahre. Bei erfolgreicher Umsetzung kann diese Auszeichnung auch verlängert werden. Die Kosten durch die UNICEF belaufen sich auf Fr. 15'000.--. Verschiedene Gemeinden in der Schweiz haben das Label bereits erworben, im Thurgau die Stadt Frauenfeld.

Zu Ihren Fragen im Detail:

1. Für die Umsetzung wurde eine Steuergruppe unter der Leitung der Stadt Arbon eingesetzt. In der Steuergruppe sind die Schulgemeinden, die Stadtentwicklung und die Kinder- und Jugendarbeit vertreten.
Die Steuergruppe wird voraussichtlich sechs Sitzungen abhalten. Die Kosten werden gemeinsam mit den Schulgemeinden getragen. Die Befragung der Kinder und Jugendlichen wird zusammen mit den Schulgemeinden organisiert.
2. Mit dem Label erhält, nach Ansicht des Stadtrats, die Stadt Arbon ein wichtiges Instrument für das Standortmarketing. Im Hinblick auf die Entwicklung der Stadt bedeutet das Label ein attraktives Qualitätssiegel. Kinderfreundlichkeit ist ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung, ob Menschen, Familien nach Arbon ziehen.
3. Mehrjährige Erfahrungen liegen aus Frauenfeld vor. Frauenfeld hat mit dem Labelling Prozess kontinuierlich die Kinderfreundlichkeit der Stadt ausgebaut, und ein Aktionsplan ist in Frauenfeld in der Umsetzung. Interessieren sie Details dazu, kann ich ihnen gerne den Link im Internet bekannt geben.

Präsident Heinz Gygax: Die zweite Frage wurde eingereicht von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend Motion „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Stadtparlament wies den Bericht und den Antrag zur Umsetzung der Motion „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ am 17. März dieses Jahres zum zweiten Mal zur Überarbeitung an den Stadtrat zurück. Das Parlament bemängelte, dass in der Kommission hauptsächlich Lastwagen- und Busfahrer vertreten sind, der Langsamverkehr hingegen aussen vor gelassen wurde. Ausserdem ist die Kommission, seit Ursula Rorschach nicht mehr dabei ist, ein reiner Männerverein. Dies, obwohl im Artikel 43 der Gemeindeordnung klar festgehalten ist, dass der Stadtrat bei der Zusammensetzung von Fachkommissionen unterschiedliche Interessen und Ansichten zu berücksichtigen hat. Nach wie vor scheinen Verkehrsfragen die Arbonerinnen und Arboner sehr zu bewegen. Dies leider oft negativ, wovon diverse Lesebriefe zeugen, manchmal aber auch erfreulich positiv, wie beispielsweise die Informationsveranstaltung zur Tempo-30-Zone im Bergli-Quartier aufzeigte. Angesichts des grossen Interesses der Bevölkerung für Verkehrsfragen wäre der Stadtrat gut beraten, dem Motionswillen nach breiter Abstützung endlich nachzukommen und damit eine echte Anlaufstelle für Anliegen aus der Bevölkerung zu schaffen. Seit der zweiten Rückweisung diesen Frühling haben wir aber nichts mehr darüber gehört.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann wird der Stadtrat das Parlament über die Umsetzung der Motion informieren?
2. Ist der Stadtrat bereit, die Kommission mit Vertreterinnen bzw. Vertretern des Langsamverkehrs zu ergänzen und so der Forderung nach breiter Abstützung nachzukommen?
3. Falls Frage 2 verneint wird: Wie gedenkt der Stadtrat Artikel 43 der Gemeindeordnung einzuhalten, wonach in Fachkommissionen unterschiedliche Interessen und Ansichten vertreten sein müssen?

Stadtpräsident Andreas Balg: Der Stadtrat hat die Aufgabe, Bildung einer Fachkommission im Sinne unserer Gemeindeordnung, Art. 43 bereits erfüllt. Die neue Kommission für die Legislatur 2015-2019 ist bestimmt, in Kraft gesetzt und am 21. August im „felix“ Nr. 30 publiziert.

Die breite Abstützung ist durch die Zusammensetzung gesichert. Insbesondere die ausdrücklich geforderten Kompetenzen bezüglich Langsamverkehr sind sogar überproportional erfüllt.

In der Kommission sind es insbesondere der Präsident und der Leiter Tiefbau der Stadt, welche ausgewiesene Erfahrung im Bereich Langsamverkehr mitbringen.

Wichtiger Hinweis: Die Fachkommission nimmt beratend Einfluss. Die Entscheidungskompetenz obliegt dem Stadtrat. Auch da, und das bezieht sich ebenfalls auf die überproportionale Erfüllung, sind insbesondere im Stadtrat die Erfahrungen und Kompetenzen in den Bereichen Individualverkehr durch den Stadtrat und Autofahrer Brühwiler und im Langsamverkehr durch die Stadtratsmitglieder, Radfahrer und Fussgänger: Gubser, Hug und Züllig stark, oder eben überproportional vertreten. Gemessen am Stadtrat ist Arbon eine Fussgänger- und Velostadt.

Bezüglich dem formellen Abschluss der Motion erwarten wir noch Antworten von weiteren Stellen.

Präsident Heinz Gygax: Die nächste Frage betreffend „Arbonia Forster übergeht Rettungsvorschläge“ wurde von Jacob Auer eingereicht.

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Zusammen mit der Gewerkschaft Unia bin ich enttäuscht, dass Arbonia Forster alle Rettungsvorschläge der Mitarbeitenden in den Wind schlägt. Es geht nicht an, dass diese nun auf billige Art und Weise für die Fehler des Managements büssen müssen.

Arbonia Forster hat zum Abschluss des Konsultationsverfahrens sämtliche Vorschläge der Mitarbeitenden zur Rettung von Arbeitsplätzen abgelehnt. Das Management hält an der Verlagerung der Heizkörper-Produktion nach Tschechien fest. Bereits im Oktober sollen 16 Mitarbeitende entlassen werden. Weitere 50 Kündigungen sollen Ende Jahr ausgesprochen werden.

Die Personalkommission, zusammen mit den Gewerkschaften und Kadermitarbeitern, hatten nach der Ankündigung im August, die Heizkörperproduktion in Arbon aufzugeben und ins tschechische Stribro zu verlegen, ein 40seitiges Papier erarbeitet. Darin wird aufgezeigt, wie die wirtschaftliche Situation durch weitere Optimierungen und Einsparungen so verbessert werden kann, dass die Produktion aufrecht und die Arbeitsplätze erhalten werden können hier auf dem Werkplatz Arbon.

Insbesondere haben wir gewarnt vor den hohen Risiken einer Verlagerung. Die Marktführerschaft werde durch den Lieferunterbruch gefährdet, Kunden würden abspringen, und der Verlust an «Swissness» werde negative Folgen haben.

Mit dem Argument, die Einsparungen seien zu gering, wischt Arbonia Forster sämtliche Vorschläge vom Tisch. Das Management will seine Pläne ungestört durchziehen und die Entlassungen aussprechen. Die Risiken der Verlagerung haben sie anerkannt, nehmen das aber in Kauf, das ist enttäuschend.

Für die Betroffenen steht kein Sozialplan zur Verfügung. Es gibt lediglich «Unterstützungsmassnahmen». Diese genügen in keiner Art und Weise. Sie beschränken sich auf die Hilfe bei der Stellensuche und auf eine minime Abgangsentschädigung. Auch sind die Massnahmen für ältere Betroffene ungenügend.

Es darf nicht sein, dass die Mitarbeitenden nun auf billige Art und Weise abgespiesen werden und sie allein für die in der Ära Oehler begangenen Fehler der Konzernleitung büssen müssen.

Zum besseren Verständnis habe ich mir erlaubt, fünf Fragen an den Stadtrat zu stellen. Ich bitte um Verständnis und entschuldige mich dafür.

1. Seit wann weiss der Stadtrat vom Abbau von Arbeitskräften bei der AFG?

2. Welche Schritte sind unternommen worden?
3. Warum wurde nicht mit der Belegschaft bzw. mit der Gewerkschaft der Kontakt gesucht, um die betroffenen Mitarbeiter zu unterstützen?
4. Ist der Stadtrat bereit, seine Einflussmöglichkeiten zugunsten der Betroffenen bei der Firmenleitung wahrzunehmen?
5. Was gedenkt der Stadtrat in Zukunft für ihre Bewohner zu tun, die den Arbeitsplatz verlieren?

Ich danke im Namen der Betroffenen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Der Stadtrat bedauert ausserordentlich den Entscheid der AFG. Für die Betroffenen ist der Arbeitsplatzverlust gravierend. Wir verstehen, dass die Mitarbeiter sich um ihre Zukunft sorgen. Die grossen Veränderungen innerhalb der AFG Gruppe sind nicht neu, sondern finden nun bereits seit Jahren statt. Die Entwicklungen zeichnen sich auch bereits seit längerer Zeit ab. Persönlich bin ich schon froh, dass für drei Bereiche aus der Gruppe (Kühlen, Rohre und Küchen) engagierte Investoren gefunden werden konnte. Diesen drei wünsche ich viel Erfolg und hoffe, dass die Arboner Standorte sich behaupten können. Damit das so stattfindet, braucht es auch die Unterstützung der Arbeitnehmer.

Der Stadtrat pflegt regelmässig Kontakt mit der AFG. Die letzten beiden Kontakte mit dem CEO der AFG Gruppe fanden am 12. August und am 11. September dieses Jahres statt.

Die Stadt ist auch zuständig für gute Rahmenbedingungen und insbesondere für Unterstützung in Verwaltungsangelegenheiten. Bei Entlassungen weisen wir die Unternehmer jeweils auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen hin. Natürlich bringen wir in den Gesprächen mit den Unternehmen auch unsere Wünsche ein. Einfluss auf unternehmerische Entscheide ist aber weder richtig noch sinnvoll. Der Kanton unterstützt in Fällen von Massenentlassungen und hilft bei der Arbeitsvermittlung, das ist klar. Die Gemeinde kommt dann wieder zum Zug wenn es um die soziale Sicherung der Einwohner geht. Die Unterstützungen der öffentlichen Hand sind so richtig und ausreichend.

Abschliessend: An diesem Fall erkennen wir, wie wichtig Arbeit und Einkommen sind. Auch deshalb entscheidet der Arboner Stadtrat unternehmerfreundlich. Denn diese sind, es welche Arbeit und Einkommen sichern.

Präsident Heinz Gygax: Gibt es noch mündliche, aktuelle Fragen?

Max Gimmel, FDP/XMV: Unsere Fraktion hat sich anfangs der Sitzung gegen die Traktandenänderung der Interpellation Schmid geäussert, weil wir der Ansicht sind, dass wir nicht zehn Fragen beantworten müssen, sondern eine einzige, eine wesentliche Frage haben und diese, wenn möglich heute Abend beantwortet wird.

Die Frage lautet:

Welches sind die wesentlichen Gründe, die eine Unterzeichnung des Pachtvertrages mit der Peter Schildknecht-Gastronomiebetriebe AG zum Scheitern brachte?

Die übrigen Fragen greifen aus meiner Sicht ins operative Geschäft des Stadtrats und sollen vom Parlament nicht zusätzlich besetzt werden. Deshalb waren wir dagegen. Wir sollten in einem Monat die Situation mit dem gescheiterten Pachtvertrag nicht nochmals aufwärmen. Das ist Vergangenheit. Der Stadtrat muss seine Kräfte bündeln und eine Lösung finden. Bis in einem Monat werden bereits wieder Gespräche mit Interessenten stattfinden. Die Gespräche wären obsolet, wenn wir in einem Monat wieder das Vergangene und das Vorgehen im Gastro-Konzept aufrollen.

Ich bitte deshalb den Stadtrat wirklich, die Frage heute zu beantworten. Wie gesagt, sie lautet: Welches sind die wesentlichen Gründe, die eine Unterzeichnung des Pachtvertrages mit der Peter Schildknecht-Gastronomie AG zum Scheitern brachte?

Stadtpräsident Andreas Balg: Man könnte sich nun auf Einzelthemen stürzen, letztlich ist es aber die Summe aller Herausforderungen. Sie konnten den Medien entnehmen, dass ich gesagt habe, wir passen nicht perfekt zusammen. Vielleicht ist es noch besser und besser verständlich ausgeführt, wenn ich Peter Schildknecht selbst zitiere. Er hat gesagt, „er sei Unternehmer und Gastronom, habe aber das Gefühl, Arbon suche einen Beizer“. Es macht den Eindruck, wie wenn die lauten und aktiven Stimmen von Arbon noch nicht bereit sind für einen Unternehmer und Gastronom.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich habe eine Frage zu Arbon Energie AG. Wir bekommen keine Informationen vom Stadtrat über den Stand dieser Sache.

1. Wie ist der Stand in dieser Sache?
2. Kann der Stadtrat informieren, warum er nichts sagt, bzw. nichts sagen kann und darf?

Stadtpräsident Andreas Balg: Mit dem Einreichen der Strafanzeige hat der Verwaltungsrat der Arbon Energie die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft übergeben. Es handelt sich nun um ein laufendes Verfahren, welches zusätzlich mit einer superprovisorischen Verfügung eines Einzelrichters des Bezirksgerichts Arbon ergänzt wurde. Diese verbietet richterlich mit sofortiger Wirkung jede weitere Information seitens Stadtrat und Verwaltungsrat der Arbon Energie.

Ich bitte um Verständnis. Weder Verwaltungsrat noch Stadtrat geben in dieser Situation weiter Auskunft.

4. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtrat Peter Gubser: Seit mittlerweile vier Jahren führen Beat und Michaela Hausammann eine Kanuschule auf dem Gebiet des Strandbades gewissermassen unter dem Strandbadrestaurant.

Diese Kanuschule ist, so meine ich, eine schöne Bereicherung für Arbon. Sie hat vielfältige Interessen oder Interessenten gefunden, Feriengäste, aber auch Arbonerinnen und Arboner. Das freut mich als passionierter Paddler natürlich besonders. Hausammanns haben für die Miete der Räumlichkeiten beim Start Fr. 6'000.-- bezahlt pro Jahr. Mittlerweile sind vier Jahre vergangen, das Geschäft ist aufgeblüht, es werden viele Kurse durchgeführt, viele Kurse gebucht. Man sieht entlang dem Ufer zahlreiche Standups, Seekajaks oder auch normale Kajaks.

Der Stadtrat hat darum den Mietvertrag mit der Kanuschule Bodensee erneuert und auch einen neuen Mietzins festgelegt. Er hat den Mietzins wesentlich erhöht und zwar stufenweise. Ab dem Jahr 2016 beträgt der Mietzins Fr. 9'000.--, ab dem Jahr 2017 beträgt der Mietzins Fr. 12'000.-- und ab dem Jahre 2018 beträgt der Mietzins Fr. 15'000.--. Mit diesem Mietzins werden die Werkstatt und das Kanulager unter der Terrasse vermietet, dazu einzelne Räumlichkeiten unter dem Strandbadrestaurant, insgesamt ungefähr 280m².

Ich wollte ihnen diese Mitteilung machen, weil ich in den letzten 10 Tagen vermehrt auf dieses Mietverhältnis angesprochen wurde, und ich meine es sei richtig, wenn die Fakten offen gelegt würden.

Stadtrat Hans-Ulrich Züllig: Noch zwei Mitteilungen aus meinem Ressort. Wiederholt wurde, auch in diesem Gremium, der Vorwurf geäussert, die Sozialen Dienste seien zu introvertiert, sie würden sich einem Erfahrungsaustausch mit anderen Ämtern und/oder dem Rat aussenstehender Fachpersonen verschliessen.

Leider haben wir in der Folge auf unsere Einladungen zum Gespräch jeweils regelmässige Absagen erhalten, dies gekoppelt an verschiedene Begründungen. So hatten die Sozialen Dienste eigentlich auch nie die Chance aufzuzeigen, in welchen regionalen und überregionalen Netzen sie eingebunden sind.

Anlässlich der letzten Sitzung dieses Parlaments ist dieser Vorwurf erneut geäussert worden. Diesmal jedoch erwähnte Andrea Vonlanthen einen Namen, Herrn Markus Riz aus Arbon, den er als ausgewiesenen Fachmann bezeichnete. Dieser Anregung folgend habe ich mich mit Herrn Riz getroffen. Herr Riz ist Präsident und Mitinhaber der Rechts- und Gemeindeberatung AG (RGB) mit Sitz in Gossau. Die RGB ist das führende und fachlich bestens ausgewiesene Beratungsunternehmen für Soziale Dienste und tätig in der ganzen Deutschschweiz.

Herr Riz hat sich bereit erklärt, eine Audit im Sozialamt nochmals durchzuführen. (Sie erinnern sich, wir hatten 2013 eine ähnliche Übung mit dem Bericht Mühle). Ziel dieser Arbeit soll sein, die Arbeit der Sozialen Dienste hinsichtlich Inhalte und Umfang der Fallführung zu beurteilen und allfällige Handlungsfelder aufzuzeigen.

Für den Stadtrat kommt diese Arbeit auch dahingehend entgegen, als sie einerseits für den auf Ende Jahr ausscheidenden langjährigen Leiter der Sozialen Dienste, Herrn Hans Jürg Fenner, eine Bestandesaufnahme und, andererseits eine Grundlage für die Arbeit des Nachfolgers, Herr Lukas Feierabend darstellt.

Der Stadtrat hat daher einem Kostendach für diese Arbeit von Fr. 16'000.-- zugestimmt. Voraussichtlich Ende November werden wir die Resultate vorlegen und die Öffentlichkeit informieren

Ein zweites Thema: Mit grösseren und kleineren Themen unseres Alltags beschäftigen wir uns intensiv in Politik und Verwaltung. Aber spätestens wenn wir nach Hause kommen und die Nachrichten einschalten, erkennen wir, dass wir inmitten eines sich sozio-demographisch rasant verändernden Umfelds leben.

Ich spreche die Flüchtlings- und Asylthematik an. Wir alle, und damit auch der Stadtrat als Hausherr unserer Gemeinde, können uns davor nicht verschliessen. Grundsätzlich können wir von einer guten Struktur im Asylwesen ausgehen. Der Kanton TG hat die Stiftung Peregrina mit der Betreuung der Asylfrage beauftragt, welche, wie ihnen allen bekannt, unter anderem auch in Arbon an der St. Gallerstrasse ein Durchgangsheim betreibt. Sind die Durchgangsheime gefüllt, kommen nachrangig die Gemeinden in die Pflicht.

Ende August erreichte uns vom Kanton und der Peregrina Stiftung ein Aufruf, zusätzliche Plätze in den Gemeinden auszuloten und gegebenenfalls zu melden. Man erwarte möglicherweise einen Anstieg von Zuweisungen, darunter auch mit Kindern.

Der Stadtrat hat in einem ersten Schritt auch die weiteren öffentlichrechtlichen Organisationen auf dem Platz, die Kirchen und die Schulen, informiert und diesbezüglich sensibilisiert. Wie sie aus der Presse entnehmen konnten, erfolgte kürzlich auch ein Aufruf ähnlichen Wortlauts durch die Landeskirchen. Wir stehen in engem Kontakt mit den vorgelagerten Fachstellen des Kantons. Allerdings ist derzeit nur eines gewiss: Im Moment ist die Lage gut kontrollierbar, aber niemand kann uns vorhersagen, welche Entwicklungen möglich sind. Aus diesem Grunde hat der Stadtrat die genannten Kreise, Schule, Kirche, aber auch den Zivilschutz, zu einem runden Tisch geladen.

Er will sich eine Übersicht über die Versorgungslage bei einer allfälligen Notlage verschaffen, sowie Handlungsspielräume im Sinne vorbereiteter Aktionen ausloten, dies in vier Aktionsfeldern:

- Unterkünfte, die Versorgung (Leiblich/Gesundheit), die Sicherheit und als viertes, die Frage der Assimilation.

Ich betone nochmals, die gegebenen Strukturen und Voraussetzungen sind gut und tragfähig. Der Stadtrat will damit auch keinen Übereifer an den Tag legen, aber er möchte auch nicht überrollt werden. In diesem Sinne ergeht auch diese Information an sie, verbunden mit der Bitte, sich in ihren Einflusskreisen darüber Gedanken zu machen, welche Leistungen und Beiträge alles erbracht werden könnten, sollte dann eine grössere Zahl von Flüchtlingen unserer Stadt zur Betreuung zugewiesen werden.

Für Kontakte, Rückfragen oder Anregungen stehen das Sozialamt, Herr Hans Jürg Fenner, sowie Frau Gabi Eichenberger, Leiterin der Kinder- und Jugendarbeit, jederzeit zur Verfügung. Je nach Notwendigkeit und der Entwicklung werden wir sie und die Bevölkerung zeitnah auf dem Laufenden halten.

Stadtpräsident Andreas Balg: Ich kommen nun noch mit einer letzten Information zu ihnen. Sie wissen, die städtische Gastronomie hat schon viele Fragen aufgeworfen. Einige Informationen sind bereits erteilt worden, ich erinnere an die Interpellation im März, ich verweise auf die Medien und jetzt dann auch im Oktober auf die weiteren Antworten für die aktuelle Interpellation.

Einen Punkt will ich jetzt und hier bereits ergänzen, weil dieser Fragenkreis bereits mehrfach auf uns zugekommen ist. Es geht um die mögliche Nutzung des Seeparksaals.

Jeder Mieter des Seeparksaals ist heute und ich gehe davon auch davon aus morgen, bezüglich der Wahl des Caterers frei. Ein allfälliger Pächter des Restaurants Panorama hat einen Standortvorteil. Das bedeutet auch, dass Vereine die Verpflegung selbst übernehmen möchten, dies können. Die Verträge und Vorgaben des Saalwarts sind aber in jedem Fall einzuhalten.

Präsident Heinz Gyga: Besten Dank für die Informationen.

Eingegangener Vorstoss:

Wie es üblich ist an dieser Stelle, teile ich ihnen mit, dass die Dringliche Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“ von 20 Parlamentsmitgliedern mitunterzeichnet worden ist. Diese geht nun zur Bearbeitung an den Stadtrat.

Wir sind am Ende dieser Sitzung angelangt und wieder werden bis zur nächsten Sitzung Ferien sein, und wie sagt sich so schön: „Manchmal, da brauchen wir einfach eine kleine Auszeit. Denn manchmal ist das „Dasitzen“ und „Nichtstun“ alles was wir brauchen, um Lösungen zu finden, um das Ergebnis deren aufzeigen zu können.“

Ich wünsche ihnen schöne bunte Herbsttage und freue mich, sie wieder am 27. Oktober 2015 um 19.00 Uhr zur nächsten Parlamentssitzung zu begrüssen.

Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Heinz Gyga

Evelyne Jung